

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 3/2010

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

September/Oktober 2010

SPD fordert fünfte IGS in Braunschweig

Anmeldezahlen zeigen, sogar Bedarf für zwei weitere Integrierte Gesamtschulen

Vor wenigen Wochen hat ein neues Schuljahr angefangen. In diesem Jahr wechselten in Braunschweig 1716 Kinder von der Grundschule auf eine weiterführende Schule über. „Dabei setzte sich der Siegeszug der Integrierten Gesamtschule fort“, findet Uwe Jordan, der schulpolitische Sprecher der SPD im Rat: 850 Kinder – also fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler – wurden von ihren Eltern an einer der vier Integrierten Gesamtschulen angemeldet. Damit liegt diese Schulform erstmalig an der Spitze der Kinder- und Elternwünsche. Das Gymnasium liegt auf Platz 2, und mit deutlichem Abstand folgen Realschule und Hauptschule.

Während alle Wünsche nach Aufnahme an Gymnasium, Haupt- und Realschule erfüllt werden konnten, ist das bei der IGS anders. Hier standen den 850 Aufnahmewünschen nur 534 Plätze gegenüber. Das heißt: 316 Kinder mussten nach einem Losverfahren eine andere Schule besuchen, als sie und ihre Eltern das wollten. „Es gab also wieder das übliche Drama wie in jedem Jahr“, meint Jordan, „das Ergebnis ist eine herbe Enttäuschung für alle Beteiligten, die man ihnen nicht länger zumuten darf.“

Im vorigen Jahr wurde nach langem, zähen Widerstand von CDU und FDP die vierte Gesamtschule in Volkmarode eingerichtet. Ohne deren 150 Plätze sähe die Situation noch bedrückender aus, betont Jordan. CDU und FDP



Das Schulzentrum im Heidberg vereinigt zur Zeit Hauptschule, Realschule und das Raabe-Gymnasium an einem Standort. Eine vierzügige IGS könnte Haupt- und Realschule ersetzen, das Raabe-Gymnasium bliebe dann erhalten. Foto: M. Stoffregen

hatten 2009 mit ihrer Ratsmehrheit den Antrag abgelehnt, schon zum Beginn dieses Schuljahres eine fünfte Gesamtschule einzurichten. Sie wollten erst einmal die Entwicklung abwarten. „Die jüngsten Zahlen zeigen deutlich, dass in Braunschweig sogar der Bedarf für zwei weitere Gesamtschulen besteht, wenn es nach den Schulwünschen von Kindern und Eltern geht“, bekräftigt Jordan.

Bis zum 1. Dezember muss die Stadtverwaltung beim Kultusministerium den Antrag stellen, wenn wenigstens im nächsten Schuljahr eine weitere Gesamtschule den Betrieb aufnehmen soll. Jordan kündigt für die nächste Ratssitzung einen entsprechenden Antrag an: „Wir werden sehen, wie CDU und FDP dann mit dem Elternwillen umgehen, den sie sonst so gern im Munde führen.“

Till lebt!

**Kommentar von Manfred Pesditschek,
Vorsitzender der SPD im Rat der Stadt**

■ Kneitlingen, die Heimat Till Eulenspiegels, ist ein Dorf im Elm bei Braunschweig. Und die Stadt Schöppenstedt, deren Bürger für ihre Streiche berühmt sind, ist nicht weit. Ob das vielleicht doch auch auf unsere Stadt abfährt? Urteilen Sie selbst:

Die wichtigste Sportart in unseren Sportvereinen ist der Fußball – schließlich ist er sozusagen über Braunschweig in Deutschland eingeführt worden. Dafür braucht man Fußballplätze. Und um sie auch sinnvoll nutzen zu können, benötigen diese Plätze Flutlichtanlagen – schließlich wird es im Herbst und Winter früh dunkel, jedenfalls früher, als es für den

Sportbetrieb sinnvoll ist. Selbstverständlich müssen die Masten dieser Anlagen standsicher sein, um eine Gefährdung von Spielern und Zuschauern auszuschließen. Das muss der Eigentümer der Anlagen regelmäßig überprüfen. Eigentümer kann der Verein sein, in den meisten Fällen ist es aber die Stadt Braunschweig. Die veranlasst diese Sicherheitsprüfungen dann auch – so weit so gut. Und die meisten Masten sind auch in Ordnung.

Was geschieht aber, wenn ein Mast nicht standsicher ist? Jeder vernünftige Mensch sollte erwarten, dass der dann zügig ersetzt wird, damit ohne Störung weiter Sport betrieben werden kann. Und Sie können sicher sein – überall in Deutschland ist das auch so. Mit einer Ausnahme, nämlich in Braunschweig. Hier stellte die Stadtverwaltung nämlich nach

Abbau einiger nicht standsicherer Masten ganz überrascht fest, dass neue Masten Geld kosten. Darüber hat sich vorher offensichtlich niemand Gedanken gemacht. Und deshalb ist nun guter Rat teuer – offensichtlich genauso teuer wie neue Masten. So warten die Sportler des SC Victoria seit über einem Jahr darauf, auch im Winterhalbjahr wieder Fußball spielen zu können. Und seit diesem Sommer fragen sich auch die Sportfreunde Rautheim, wie lange es wohl bei ihnen dauern wird, bis das Flutlicht wieder betrieben werden kann. Die SPD im Rat der Stadt erwartet jedenfalls, dass schnell Ersatz geschaffen wird – bevor die Tage kurz und die Nächte lang werden. Braunschweig darf seine Amateurfußballer nicht im Dunkeln stehen lassen.

Abenteuer Autobahn A2

Braunschweiger Polizisten bieten für die Verkehrssicherheit größtes Engagement auf, auch wenn das manchmal einem Kampf gegen Windmühlen gleicht

■ 90 000 Fahrzeuge am Tag, davon dreißig Prozent LKW – Die A2 ist eine der meist befahrenen Autobahnen in Deutschland. Für die Sicherheit des Streckenabschnitts zwischen Helmstedt und Peine ist das Polizeikommissariat Bundesautobahn in Braunschweig zuständig. Der Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann besuchte die Beamten im Einsatz.

Rudolf Wenzel hat erst vor ein paar Wochen sein neues Büro bezogen. Etwas gewöhnungsbedürftig waren die mindestens zwanzig Jahre alten Möbel, die ihm sein Vorgänger dort hinterlassen hat. Aber sonst hat sich der 56 Jahre alte Erste Polizeihauptkommissar, der jetzt das Braunschweiger Autobahnpolizeikommissariat PK BAB leitet, in seinem neuen Aufgabenbereich schon voll eingearbeitet. Als Leiter der Dienststelle mit rund 100 Beamten ist Wenzel für die Verkehrssicherheit auf 187 Autobahnkilometern zuständig. Dazu gehören Streckenabschnitte der A2 (Helmstedt-Peine), der A395 (Braunschweig-Goslar) und der A39 (Wolfsburg-Salzgitter).

Arbeitsschwerpunkt für Wenzel und seine Kollegen ist die A2. „Im Jahr 2009 haben wir 2400 Unfälle dort gezählt“, berichtet der Dienststellenleiter, bei sieben Unfällen habe



Rudolf Wenzel begrüßt Klaus-Peter Bachmann zur Doppelschicht.

es Tote gegeben. Oftmals seien LKWs an Unfällen beteiligt gewesen, so Wenzel. Unfallschwerpunkte gebe es vor allem an Stauenden. Ob LKW- oder Autofahrer – oftmals übersehen sie einen Verkehrsstau und rasen ungebremst in das Stauende hinein. Als weitere Unfallursachen führt der Dienststellenleiter die Missachtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen und Sicherheitsabständen auf. Trotz der zahlreichen Unfälle lobt Wenzel aber die Arbeit seiner Kollegen: „Ohne die vielen Kontrollen, die wir Tag für Tag durchführen, würde es auf der A2 noch häufiger krachen.“



Geschwindigkeits- und Abstandskontrolle am Zweidorfer Holz

Ein eigenes Bild von der Arbeit der Autobahnpolizei Braunschweig wollte sich auch der Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann machen. In seiner neuen Funktion als innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion beschäftigt er sich in Hannover mit innerer Sicherheit und muss wissen, wo bei den Beamten vor Ort „der Schuh“ drückt. Für seinen Besuch nahm er sich deshalb auch besonders viel Zeit: Von 13 Uhr mittags bis 5.30 Uhr am folgenden Tag fuhr er in den Streifen- und Einsatzwagen der Polizei mit und führte zahlreiche Gespräche mit den Beamten der Spät- und Nachtschicht.

Messstation Autobahnbrücke Zweidorfer Holz

Nach einer kurzen Unterredung mit Dienststellenleiter Wenzel fuhr Bachmann zunächst zu einer Messstation nahe des Rastplatzes Zweidorfer Holz. Die Kameras waren bereits aufgebaut, ein Polizeibeamter hatte schon in einem umfunktionierten VW-Bus Platz genommen, um an mehreren Bildschirmen die ankommenden Daten der Kameras zu sichten. Für Geschwindigkeits- und Abstandsmessungen kommt bei der Autobahnpolizei Hightech zum Einsatz. Ein Computerprogramm filtert detailliert Verstöße von Verkehrsteilnehmern im vorbeirauschenden Verkehr heraus. „Wir verfolgen vor allem massive Verstöße“, erklären die zuständigen Beamten. Alle Vergehen könnten sie nicht bearbeiten, der Verwaltungsaufwand sei so schon kaum zu schaffen. Meistens handele es sich um Verstöße, die mit hohen Geldstrafen, Punkten in Flensburg und Fahrverboten bestraft werden.

Lkw-Kontrollen bei Braunschweig

Nach dem Besuch auf der Autobahnbrücke am Zweidorfer Holz stieg Bachmann dann in ein anderes Polizeiauto um. Zwei Beamte

nahmen ihn mit zur LKW-Kontrolle zwischen den Anschlussstellen Braunschweig-Hafen und Braunschweig-Ost. „Manchmal hat man schon das Gefühl, gegen Windmühlen zu kämpfen“, erzählt einer der Polizeibeamten. Gerade bei großen LKW-Kontrollen verzeichnet die Autobahnpolizei Beanstandungsquoten von bis zu 50 Prozent. Jeder zweite LKW weist technische Mängel auf, angefangen von abgefahrenen Reifen über defekte Bremsen bis hin zu ungesicherten Frachtgütern auf der Ladefläche. Verheerend wirke sich hier, so die Polizisten, der massive Wettbewerb aus. Technische Kontrollen werden aus Kostengründen eingespart, LKW-Fahrer dazu gezwungen, Frachtgüter möglichst schnell an die Zielorte zu bringen.

Interne Probleme bei der Polizei

Der Besuch bei der Autobahnpolizei verdeutlichte dem Landtagsabgeordneten aber auch die internen Probleme, mit denen die Beamten zurecht kommen müssen: Das durchschnittliche Alter der Polizisten liegt bei 50 Jahren. Das könnte angesichts der Demographie zukünftig zu erheblichen Personalengpässen führen. Mit dem zunehmenden Alter der Beamten steigt außerdem die Zahl krankheitsbedingter Ausfälle. Hinzu kommt, dass die Landesregierung mit ihren jüngsten Reformen die Aufstiegsmöglichkeiten reduziert und dringend benötigte Personalstellen ins Umland verlagert hat. Dabei müssen die Beamten Jahr für Jahr auch noch zusätzliche Aufgaben bewältigen. Lediglich die Erneuerung des Fuhrparks wurde von der Landesregierung zufriedenstellend umgesetzt.

Entmutigen lassen sich die Polizeibeamten aber nicht. Davon konnte sich Klaus-Peter Bachmann überzeugen - auch bei der anschließenden Nachtschicht bis 5.30 Uhr morgens.

Mehr Mut zur Organspende kann Leben retten

Reimann fordert Neuregelung der Organspendepraxis

■ Die Entscheidung von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, seiner Frau Elke mit einer Nierenspende das Leben zu retten, hat neue Aufmerksamkeit auf die mangelnde Verfügbarkeit von Spenderorganen in Deutschland gelenkt. Dabei ist eine Lebendspende wie bei Steinmeier die große Ausnahme, meist werden Organe von Verstorbenen transplantiert.

2009 spendeten bundesweit 1217 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe. Das bedeutet, dass nur 15 Menschen je einer Million Einwohner nach dem Tod Organe entnommen werden. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei den Organspenden damit im unteren Mittelfeld. Wenn die Bereitschaft zur Organspende in Deutschland steigen würde, könnten jedes Jahr 1000 Patienten zusätzlich gerettet werden.

In Umfragen tun sich die Deutschen mit dem Organspenden eigentlich leicht. Fast jeder zweite Bundesbürger wäre nach dem eigenen Tod grundsätzlich zu einer Organspende bereit. Wenn es aber wirklich darauf ankommt, sieht es ganz anders aus – nur elf Prozent der Bundesbürger haben tatsächlich einen Organspendeausweis. Deshalb sind Spenderorgane knapp.

Momentan gilt in Deutschland die sogenannte „Erweiterte Zustimmungslösung“.

Der Spender muss also vorab mithilfe des Spenderausweises ausdrücklich einer Organ-

spendeausweis besitzen.

Als Lösung wird von der FDP eine Widerspruchsregelung vorgeschlagen. Dabei würde jeder Bürger, der einer Organentnahme

nicht ausdrücklich widersprochen hat, als potenzieller Spender gelten. Das geht der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann zu weit: „Diese Regelung greift zu sehr in die Verfügungsgewalt über den eigenen Körper ein.“

Die Vorsitzende des Bundestagsgesundheitsausschusses will, dass jeder Bür-

ger gefragt wird, wie er zur Organspende steht. „Das soll möglichst früh geschehen, am besten mit Erreichen der Volljährigkeit“, betont Reimann. Natürlich müsse man auch „Nein“ sagen können und seine Meinung im Laufe des Lebens ändern dürfen.



erentnahme zustimmen. Wenn dieser Ausweis nicht vorliegt, kann die Organspende nur mit Zustimmung der Angehörigen erfolgen.

Die Schwelle, sich aktiv um einen Organspendeausweis zu kümmern, ist aber offensichtlich zu hoch. Sonst würden ja nicht nur elf Prozent der Bevölkerung einen Organ-

Kniefall der Regierung bringt mehr Atommüll für Schacht Konrad

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke haben für unsere Region bittere Folgen

In diesen Tagen beginnt die komplizierte, langwierige und vor allem kostspielige Räumungsaktion im so genannten Versuchsendlager Asse. Für mehrere Milliarden Euro bergen Mitarbeiter der Betreibergesellschaft die strahlenden Fässer mit Atommüll aus dem maroden Schacht, der akut vom Zusammenbruch bedroht ist.

Für die Politik müsste der Asse-Skandal eine Warnung sein: Nicht nur das Betreiben von Atomkraftwerken birgt Risiken – auch die Endlagerung von Atommüll kann riskant sein, wenn Behörden Endlagerstätten auf Grund politischen Drucks nur halbherzig prüfen und genehmigen. Beim Blick in die Zeitungen läuft William Labitzke dieser Tage deshalb ein kalter Schauer den Rücken runter. „Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat aus der Vergangenheit nichts gelernt“, ärgert sich der Sprecher des Arbeitskreises Klimaschutz und Energie der SPD Braunschweig.

Statt am Atomausstieg festzuhalten, verlängert die Regierung mit ihrem neuen Energiekonzept die Laufzeiten der Atommeiler um durchschnittlich 12 Jahre. „Das ist

ein Kniefall vor der Atomlobby“, kritisiert Labitzke, „dabei wäre ein Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 problemlos möglich gewesen.“ Zahlreiche Gutachten hätten zweifelsfrei belegt, dass bereits genug Strom mit Hilfe erneuerbarer Energien erzeugt werden könne und dass Atomstrom keinesfalls dazu beitrage, Strompreise in Deutschland auf einem günstigen Niveau zu halten.

„Die vier großen Energiekonzerne in Deutschland haben eine Monopolstellung“, erklärt Labitzke. So lange es keinen echten Wettbewerb beim Strom gebe, müssten die Verbraucher auch höhere Strompreise in Kauf nehmen. Das Energie-Konzept der Bundesregierung spiele den Monopolisten in die Karten: Sie können weitere 30 Jahre subventionierten Atomstrom verkaufen und müssen keine Konkurrenz von Anbietern erneuerbarer Energien fürchten.

Eben diese Wettbewerbsnachteile fürchtet BS-Energy-Chef Francis Kleitz. Angesichts der neuen Marktlage sorgt er sich um die Auslastung der neuen Gas- und Dampfturbinen-Anlage im Heizkraftwerk Mitte. „Das

schmälert den Wert unserer Investitionen“, kritisiert Kleitz in der Braunschweiger Zeitung. Durch die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke erlitten die Stadtwerke massive Wettbewerbsnachteile. Er fordert vielmehr eine dezentrale, klimafreundliche Energieversorgung.

Als besonders bitter empfindet Labitzke eine weitere Folge, die sich aus dem Energiekonzept der Regierung ergibt: Obwohl die Region Braunschweig schon genug Schwierigkeiten mit den strahlenden Fässern in der Asse hat, zeichnet sich jetzt bereits ab, dass der zusätzlich anfallende schwach- und mittelradioaktive Atommüll in Schacht Konrad in Salzgitter eingelagert werden soll. Das Bundesamt für Strahlenschutz spricht von weiteren 9100 Kubikmetern Abfällen, die aus Atommeilern angeliefert würden.

William Labitzke kämpft dafür, dass die SPD über den Bundesrat und notfalls über das Verfassungsgericht die Pläne der schwarz-gelben Regierung noch durchkreuzt: „Andernfalls droht unsere Region zum strahlenden Atomklo der Republik zu verkommen.“



■ Auch in diesem Jahr findet die Aktion „Päckchen für Braunschweig“ statt. Wieder sind die Braunschweiger aufgerufen, Kindern in Armut mit einem Geschenk im Schuhkarton eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Organisiert wird die Sammelaktion vom Allgemeinen Studierenden Ausschuss (ASTA) der TU Braunschweig. 2 167 Päckchen konnten 2009 an Braunschweiger Kinder in Armut verteilt werden und die Organisatoren haben den Ehrgeiz, diese Anzahl wieder zu erreichen.

Ein Schuhkarton für Damenschuhe wird mit Geschenkpapier beklebt (Unterteil und Deckel separat) und mit kleinen Geschenken gefüllt. Anschließend wird er mit einem Gummiband verschlossen – denn die Organisatoren müssen jedes Päckchen öffnen. Auf einem unter das Gummiband geklemmten Zettel steht, ob das Geschenk für einen Jungen oder ein Mädchen, und für welches Alter es gedacht ist.

Die Kartons können vom 18. Oktober bis zum 3. Dezember abgegeben werden beim ASTA der TU, Katharinenstr. 1, montags – freitags von 10 – 14 Uhr und donnerstags zusätzlich von 18 – 20 Uhr.

Weitere Infos gibt es unter
Telefon 391-4556 und per E-Mail
paeckchen-fuer-braunschweig@gmx.de

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31/4 80 98 21. Die Termine sind:

► **Dr. Carola Reimann, MdB:**

- Do., 21. Okt., von 10 – 18 Uhr
- Do., 18. Nov., von 10 – 18 Uhr
- Do., 09. Dez., von 10 – 18 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**

- Do., 14. Okt., ab 14.30 Uhr
- Do., 18. Nov., ab 14.30 Uhr
- Do., 16. Dez., ab 14.30 Uhr

Gesellige Stunden beim Hoffest der SPD



■ Im Rahmen des Magnifestes hatte die Braunschweiger SPD an drei Tagen den Innenhof der Schloßstraße 8 zu einem Kaffee- und Biergarten umgestaltet. Zahlreiche Gäste genossen das die angebotenen Getränke und Speisen und die Möglichkeit politische Gespräche zu führen. Die Gruppe „Two Generations“ und Andreas Pfeiffer am Keyboard sorgten für die musikalische Unterhaltung. *Fotos: Johannes (2), Kühn (2)*

Winterdienst erhitzt weiter die Gemüter

Kommentar von Manfred Pesditschek

■ *Im heißen Juli war er ja meilenweit weg, aber jetzt, wo die Temperaturen sinken und die Tage wieder kürzer werden, fällt es jedem wieder ein: Der nächste Winter kommt bestimmt. Ob auch die Stadtverwaltung so denkt, ist die Frage, aber auf jeden Fall wollen die zuständigen Ämter jetzt die ersten Konsequenzen aus den Versäumnissen bei der Schneeräumung im letzten Winter ziehen.*

Aber nicht, was Sie jetzt vielleicht denken – dass dort vielleicht Einsatzpläne überarbeitet, Tätigkeiten und Zuständigkeiten neu geordnet, verbindliche Standards festgesetzt werden, damit es bei ähnlichen Wetterverhältnissen künftig besser klappt. Nein, viel wichtiger: über dreitausend Wohnungs- und Grundstückseigentümern flatterten jetzt Gebührenbescheide ins Haus, nämlich wegen unterlassener Schneeräumung auf Gehwegen im letzten Winter. Das ist schon reichlich merkwürdig.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Räumung der Gehwege von Schnee und Eis ist wichtig für Sicherheit und Gesundheit aller Fußgänger. Die Wohnungseigentümer sind für die Einhaltung der Räumspflicht verantwortlich, und die Stadt kann Verstöße mit Bußgeld belegen.

Aber wie ist das eigentlich mit den Grundstücken, bei denen die Stadt Eigentümer ist? Gerade dort sind gehäuft Verstöße vorgekommen.

Offensichtlich war nach vielen fast schneelosen Wintern die Räumspflicht ebenfalls in Vergessenheit geraten. Es wäre nun spannend zu erfahren: Bekommt etwa Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann als oberster Verantwortlicher der Stadt jetzt auch einen ganzen Stapel von Anzeigen? Oder sieht die Stadt hier großzügig über ihre eigenen Versäumnisse hinweg? Das wäre schon interessant zu erfahren. Noch wichtiger wäre allerdings eines: das bei heftigem Schneefall in zukünftigen Wintern der Winterdienst so klappt, wie es der sympathischen Großstadt Braunschweig angemessen ist.

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk
Braunschweig, Schloßstraße 8,
38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP),
Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9.9.2010

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich,
Auflage: 43 500 Ex.

**Bankverbindung/
Spendenkonto des
SPD-Unterbezirks:**
SEB,
Konto 100 600 1200,
BLZ 270 101 11

